



EESC Info

European Economic and Social Committee

A bridge between Europe and organised civil society

December 2020 | DE

Available Languages:

ES	BG	CS	DA	EN	DE	ET	FR	EL	GA	HR	IT	LV	LT	HU	MT
NL	PL	PT	FI	RO	SK	SL	SV								

GRUSSWORT



Grußwort

Liebe Leserinnen und Leser!

Ich freue mich sehr, in dieser neuen Mandatsperiode das Amt des EWSA-Vizepräsidenten ausüben zu dürfen. Es ehrt mich, dass die Wahl meiner Kolleginnen und Kollegen auf mich gefallen ist. Die Kommunikation spielt in jeder Organisation eine wesentliche Rolle.

Was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Mitglieder des EWSA täglich leisten, hat mich schon immer beeindruckt. Eine neue Mandatsperiode bietet Gelegenheit, Bilanz zu ziehen und alles aus einem neuen Blickwinkel zu betrachten, und auch unsere aufgrund von COVID-19 eingeschränkten Reisemöglichkeiten sollten wir zum Anlass für eine Neubewertung nehmen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass die Zivilgesellschaft in unseren politischen Systemen eine entscheidende Rolle spielt. Diese Rolle übernehmen wir hier im EWSA im institutionellen Sinne.

Unser Alleinstellungsmerkmal ist, dass wir all die Bereiche und Gruppen zusammenbringen, die in der Praxis normalerweise unterschiedliche Lager bilden. Wir schaffen Konsens, indem wir die Sichtweisen der anderen verstehen und achten. Und wir liefern wertvolle Lösungen, deren Praxistauglichkeit bereits getestet wurde. Unsere konsensbasierten Vorschläge bieten konkrete Ansätze zur Bewältigung der Herausforderungen, vor denen wir jetzt stehen.

Hier zeigt sich der EWSA von seiner besten Seite: Er vernetzt Interessenträger, ist Sprachrohr für unterschiedliche Positionen und erarbeitet praktische und für alle faire Lösungen.

Eine neue Mandatsperiode ist eine Chance, unsere Stärken besser zur Geltung zu bringen und unsere Schwächen zu korrigieren bzw. auszumerzen.

Der EWSA zeichnet sich dadurch aus, dass er diejenigen, die etwas erreichen wollen, unterstützt, so dass sie mit ihrer Arbeit tatsächlich etwas bewirken können.

Ich freue mich darauf, Kontakte zu Kolleginnen und Kollegen in anderen Institutionen zu knüpfen und so dafür zu sorgen, dass die von uns gemeinsam im EWSA ermittelten Standpunkte gehört werden. Daneben möchte ich sicherstellen, dass alle im EWSA und darüber hinaus wissen, wie unsere Arbeit aufgenommen wird und was wir tun, damit die Ansichten der Zivilgesellschaft in den endgültigen Beschlüssen berücksichtigt werden.

Und schließlich werden wir die uns zur Verfügung stehenden Mittel wie immer dafür einsetzen, den Dialog zwischen anderen Interessenträgern zu fördern und dabei nicht nur unsere Mitglieder

einbinden, sondern eine echte Verbindung zwischen der Zivilgesellschaft und den EU-Institutionen schaffen.

Ich freue mich auf produktive und erfolgreiche zweieinhalb Jahre!

Cillian Lohan, Vizepräsident für Kommunikation

BITTE VORMERKEN

10. Dezember 2020, Brüssel

[COVID-19: Eindämmung der Folgen und Überwindung der Krise](#) (Webinar)

20./21. Januar 2021, Brüssel

EWSA-Plenartagung



AUFBAUFONDS UND HAUSHALT DÜRFEN NICHT IN GEISELHAFT GENOMMEN WERDEN!

Am 18. November brachten die Vorsitzenden der EWSA-Fachgruppe Beschäftigung, Sozialfragen, Unionsbürgerschaft (SOC), der EWSA-Fachgruppe Wirtschafts- und Währungsunion, wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt (ECO) und der Gruppe Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit des EWSA, Aurel Laurențiu Plosceanu, Stefano Palmieri und Cristian Pîrvulescu, in einer gemeinsamen Erklärung ihre große Sorge über die Haltung zweier Regierungen zum Ausdruck, die mit einem Veto gegen den EU-Haushalt drohen, sollte dieser an die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit gekoppelt bleiben.

Der EWSA hat das von der Kommission vorgeschlagene Aufbauinstrument „Next Generation EU“ nachdrücklich unterstützt, das sich zusammen mit dem mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021–2027 auf insgesamt 1,82 Billionen EUR beläuft und die Auswirkungen der COVID-19-Krise abfedern und eine rasche Erholung der EU-Volkswirtschaften ermöglichen soll.

In der Erklärung heißt es, dass die Kopplung der EU-Mittel an die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit durch die Mitgliedstaaten unstrittig sein sollte, da die Rechtsstaatlichkeit einer der Grundwerte ist, auf denen die EU aufbaut.

Die vollständige Erklärung finden Sie hier: <https://europa.eu/!cH83Bj>



EINE FRAGE AN ...

In unserer Rubrik „Eine Frage an ...“ bitten wir EWSA-Mitglieder, eine Frage zu beantworten, die wir für besonders wichtig halten.

In dieser Ausgabe fragen wir den Vorsitzenden der Fachgruppe ECO (Wirtschafts- und Währungsunion, wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt), **Stefano Palmieri**:

„Was halten Sie davon, dass drei Mitgliedstaaten den langfristigen EU-Haushalt und das Aufbauinstrument blockieren? Ist das unter mehreren Gesichtspunkten nicht eine der schwersten institutionellen und politischen Krisen der EU?“

STEFANO PALMIERI, VORSITZENDER DER FACHGRUPPE ECO

Erst am 10. November hatten wir die frohe Botschaft vernommen, dass sich die Verhandlungsteams des Europäischen Parlaments und des Rates auf die letzten Details des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens und des Aufbauinstruments geeinigt hatten. Deshalb war ich wirklich schockiert, dass nun zwei Mitgliedstaaten, denen sich dann noch ein drittes Land anschloss, unverhohlen beschlossen haben, die gesamte EU zu erpressen. Selbst die Videokonferenz der europäischen Staats- und Regierungschefs vom 19. November brachte keinen Ausweg aus der Blockade.

Das Aufbauinstrument *NextGenerationEU* und der mehrjährige Finanzrahmen 2021-2027, die sich zusammen auf insgesamt 1,85 Billionen Euro belaufen, werden dringend gebraucht, damit sich in allen Mitgliedstaaten und für alle Bürgerinnen und Bürger rasch und wirksam eine Erholung einstellt. Wird nicht bald eine Einigung über den Haushalt und das Aufbauinstrument erzielt, droht der EU eine der schwersten institutionellen und politischen Krisen ihrer Geschichte. Doch diese Krise ist keineswegs nur politisch und institutionell, sondern sie wird auch die wirtschaftliche und soziale Krise, in der wir uns bereits befinden, weiter verschärfen.

Als Reaktion auf die Blockade im Rat habe ich sofort mit meinen Kollegen Aurel Laurențiu Plosceanu und Cristian Pirvulescu, ihres Zeichens Vorsitzende der Fachgruppe SOC bzw. der Gruppe Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit des EWSA, eine Pressemitteilung herausgegeben.

Besonders erschütternd ist, dass zwei Regierungen das Aufbauinstrument blockieren, um eine Kopplung des EU-Haushalts an die Achtung der Rechtsstaatlichkeit zu vermeiden. Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit sind jedoch unveräußerliche Bestandteile der demokratischen Gesellschaft. Diese Werte können nicht abgelehnt werden, sie sind in Artikel 2 des EU-Vertrags verankert. Diese Grundsätze sind einfach nicht verhandelbar!

Zum Abschluss der positive Hinweis, dass die EU in ihrer langen Geschichte unter Beweis gestellt hat, dass sie sich selbst bei politisch heiklen und umstrittenen Themen auf Kompromisse einigen kann. Meine große Hoffnung ist, dass wir letztendlich auch aus dieser Sackgasse herauskommen. Ich möchte mir gar nicht vorstellen, was sonst passiert.

Einige Politik- und Wirtschaftsexperten haben vorgeschlagen, das Aufbauinstrument im Verfahren der verstärkten Zusammenarbeit auf den Weg zu bringen und es vom MFR abzukoppeln, wenn keine Einigung aller Mitgliedstaaten möglich ist. Dies sei nach den Verträgen durchaus möglich. Meiner Ansicht nach ist das nur das letzte Mittel. Ich bin fest überzeugt, dass wir eine Einigung aller 27 Mitgliedstaaten anstreben müssen, und zwar eine, bei der die Rechtsstaatlichkeit geachtet wird.

Die Zeit drängt. Ich fordere daher die Mitgliedstaaten und insbesondere diejenigen Länder, die die Einigung derzeit blockieren, auf, den Bürgerinnen und Bürgern in Europa die für die Erholung so dringend benötigten Finanzmittel nicht länger vorzuenthalten.

EWSA



Im Mittelpunkt des Programms der neuen Präsidentin des EWSA steht ein wohlhabendes, inklusives und nachhaltiges Europa

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) hat das vollständige Programm seiner neuen Präsidentin, Christa Schweng, für ihre Amtszeit 2020-2023 veröffentlicht. Es liegt nun online in allen Amtssprachen der EU vor.

Christa Schweng entwirft in ihrem Programm eine kühne Vision für ein stärkeres und resilienteres Europa nach der COVID-19-Krise und plant einen maßgebenden Beitrag des EWSA zum Wiederaufbau und zur partizipativen Demokratie in Europa.

Unter dem Motto „Gemeinsam für die Zukunft Europas“ legt sie darin einen Schwerpunkt auf Einigkeit, die sie praktisch zum Leitmotiv ihrer Präsidentschaft macht: Der EWSA soll sich neu besinnen, um in neuer Einigkeit wirksameren Einfluss auf die Politikgestaltung in der EU zu

nehmen.

Die vier Prioritäten des Programms unterstützen ihre Vision für ein Europa nach der Pandemie, in dem die Bürgerinnen und Bürger in einer offenen und wertebasierten Gesellschaft leben und arbeiten können.

Die **erste Priorität** – ein Europa, das wirtschaftlich prosperiert – trägt der Tatsache Rechnung, dass die Mitgliedstaaten, Unternehmen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Bürgerinnen und Bürger generell Unterstützung brauchen, um zu überleben und die Wirtschaft wiederaufzubauen. Zudem sollte der digitale und grüne Umbau der Wirtschaft auch mit einem sozialen Wiederaufbau einhergehen.

Die **zweite Priorität** liegt auf einem sozial inklusiven Europa, in dem im Zuge der Digitalisierung und der Ökowende niemand zurückgelassen wird. Die Sicherung von Beschäftigung und Einkommen für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist unerlässlich. Besondere Aufmerksamkeit muss dabei schutzbedürftigen Gruppen gelten. In dem Programm wird deutlich gemacht, dass die gemeinsamen Werte der EU unter keinen Umständen verhandelbar sind. Des Weiteren wird die Schaffung einer Europäischen Gesundheitsunion als wichtiger Aspekt der Solidarität befürwortet.

Die **dritte Priorität** – ein ökologisch nachhaltiges Europa – setzt bei der Erkenntnis an, dass der Aufbauplan für Europa auf die Ökologisierung und Digitalisierung der Wirtschaft angewiesen ist. Und hierfür müssen die Unternehmen als Teil der Lösung begriffen und dazu angehalten werden, aktiv zur Umstellung auf eine klimaneutrale und ressourceneffiziente Wirtschaft beizutragen.

Die **vierte Priorität** zielt darauf ab, dass der EWSA eine entscheidende Rolle bei der **Konferenz zur Zukunft Europas** spielen kann. Dabei handelt es sich um eine bedeutende Initiative, bei der die Bürgerinnen und Bürger wichtige EU-Themen zur Verbesserung der Arbeitsweise der Union diskutieren und damit Mitverantwortung für ihre Europäische Union übernehmen können. Als überzeugter Verfechter der partizipativen Demokratie kann der EWSA, dessen Mitglieder als Akteure vor Ort die breite Zivilgesellschaft aus allen Mitgliedstaaten vertreten, seinen Mehrwert unter Beweis stellen und eine Mittlerrolle übernehmen.



Europäische Plattform der Interessenträger für die Kreislaufwirtschaft startet mit verstärktem Engagement in ihr zweites Mandat

Auf der am 3./4. November ausschließlich online abgehaltenen Jahreskonferenz der Plattform der Interessenträger für die Kreislaufwirtschaft zeigte sich der EWSA entschlossen, mit dafür zu sorgen, dass die Plattform zu einem wahren Dreh- und Angelpunkt der gemeinsamen Bemühungen um eine Kreislaufwirtschaft in Europa wird.

Die EWSA-Präsidentin **Christa Schweng** eröffnete die Konferenz gemeinsam mit **Frans Timmermans**, Exekutiv-Vizepräsident der Kommission, und blickte zunächst auf die ersten drei Jahre der [Plattform der Interessenträger für die Kreislaufwirtschaft](#) als Datenbank bewährter Verfahren und Diskussionsforum für Fachleute zurück. Anschließend

richtete sie den Blick nach vorne auf das nun beginnende Mandat mit dem neuen EU-[Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft](#).

„Die letzten drei Jahre haben gezeigt, dass dies die Art und Weise ist, wie die Akteure zusammenarbeiten wollen“, so Christa Schweng. „Die Europäische Plattform der Interessenträger für die Kreislaufwirtschaft, Ihre Plattform, ist ein hervorragendes Beispiel dafür, wie Politik und Praxis ineinandergreifen.“

Lassen Sie den Austausch von Erfahrungen und motivierenden Beispielen deshalb bitte nicht abreißen – ob es sich nun dabei um ein kreislaforientiertes Verhalten fördernde Konsumartikel handelt, um innovative Ideen zur Abfallverringerung und -bewirtschaftung, um Schmuck aus recycelten Materialien, um Kreislaufwirtschaftsstrategien der nationalen Regierungen oder um Schulen, die die nächste Generation für die Zukunft rüsten.

Wenn Sie sich umschaun, werden Sie bemerken, dass unsere gemeinsame Wende bereits im Gange ist, doch wir müssen noch viel mehr tun, damit die EU bei der Umstellung auf eine Kreislaufwirtschaft weltweit eine Führungsrolle übernehmen kann.“

Christa Schweng betonte, dass die Kreislaufwirtschaft ein wichtiger Faktor für den Erfolg des **europäischen Grünen Deals**, der zentralen Strategie der EU für die kommenden Jahre, sein wird. Sie wies darauf hin, dass die Kreislaufwirtschaft in einer Zeit, in der viele um ihren Arbeitsplatz fürchten müssen, nachweislich (rund 4 Millionen neue Arbeitsplätze von 2012 bis 2018) zur Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten beitragen kann und die Unternehmen Unterstützung dabei benötigen, die Umstellung zu bewältigen, während sie gleichzeitig mit den Folgen der COVID-19-Krise zu kämpfen haben.

Der zweite Konferenztage wurde von dem für Kommunikation zuständigen EWSA-Vizepräsidenten **Cillian Lohan** eröffnet, der zu den Mitbegründern der Plattform gehört und fest von ihrem Potenzial überzeugt ist. Er hob hervor, dass im Mittelpunkt des Projekts stets die **Zusammenarbeit** gestanden hat und dies auch weiterhin der Fall sein muss:

„Bei dieser Plattform ging es von Anfang an vornehmlich um Zusammenarbeit“, so **Cillian Lohan**. „Die Entstehungsgeschichte der – zugegebenermaßen noch jungen – Plattform darf nicht vergessen werden, denn der Geist der Gemeinsamkeit hat dieses Projekt von Anfang an geprägt: Wir wollten es gemeinsam und nicht im Konflikt oder Wettbewerb miteinander verwirklichen. Und diesem Geist ist die Plattform bei ihrer weiteren Arbeit treu geblieben.“

Zur Umstellung auf eine Kreislaufwirtschaft leistet jeder Einzelne einen Beitrag, sie wird gemeinschaftlich bewerkstelligt – mit den Interessenträgern allen voran. Heute wollen wir die Kreislaufwirtschaft noch weiter voranbringen und Sie alle halten dabei das Steuer in der Hand.“

Die zweitägige Veranstaltung zählte mehr als 700 Teilnehmer und wurde so in Belgien zu einem der populärsten Trendthemen auf Twitter.

Die **Europäische Plattform der Interessenträger für die Kreislaufwirtschaft** ist eine gemeinsame Initiative des EWSA und der Europäischen Kommission, mit der ein „Netz der Netze“ zur Unterstützung eines Umstellungsprozesses geschaffen werden soll, der von den Interessenträgern getragen und vorangetrieben wird. Als wegweisendes Projekt diente die Plattform sowohl in den EU-Mitgliedstaaten als auch in den USA als Vorbild für ähnliche Initiativen.

Die Ergebnisse der Konferenzdebatten werden in Kürze auf der [Website der Plattform](#) abrufbar sein. (dm)



[EWSA: Defizite bei der Integration von Frauen und Kindern mit Migrationshintergrund](#)

Migrantinnen und Migrantenkinder sind mit besonderen Schwierigkeiten bei der Überwindung von Diskriminierung und anderen Integrationshindernissen konfrontiert. Die Integrationspolitik der EU-Mitgliedstaaten trägt dieser Tatsache jedoch nicht immer ausreichend Rechnung. Der EWSA widmet sich diesen Versäumnissen in einer Sondierungsstellungnahme, die auf seiner Oktober-Plenartagung verabschiedet wurde.

Der deutsche EU-Ratsvorsitz hatte den EWSA ersucht, der Frage nachzugehen, wie die Integration von Frauen, Müttern und Familien mit Migrationshintergrund erleichtert werden kann.

Die diesbezügliche [Stellungnahme](#) wurde von **Indrė Vareikytė**, die in der letzten Mandatsperiode Mitglied des EWSA war, erarbeitet und vom

Hauptberichterstatter **Ákos Topolánszky** auf der Plenartagung am 29. Oktober vorgestellt.

Herr Topolánszky wies eindringlich darauf hin, dass weniger als die Hälfte der Mitgliedstaaten Maßnahmen ergriffen haben, mit denen Migrantinnen und Migrantenkinder gezielt bei der Überwindung von Diskriminierung und Integrationshindernissen unterstützt werden. „Ihre Isolation macht sie nicht nur oft einsam, sondern auch zu Opfern von Gewalt“, so Herr Topolánszky. Als mögliche Lösung nannte er insbesondere ein ganzheitliches integrationspolitisches Konzept, das die Aspekte berufliche Eingliederung, Bildung, Gesundheit, Recht und Unterbringung umfasst.

Der EWSA ist der Auffassung, dass Migrantinnen und Migranten besser über die Ziele des Sprachunterrichts und die damit verbundenen Vorteile für ihr alltägliches Leben informiert werden sollten. Zudem fordert er, eingehender zu prüfen, ob der Gemeinsame europäische Referenzrahmen für Sprachen zur Optimierung des Sprachunterrichts für Migrantinnen und Migranten sowie für einen stärker maßgeschneiderten Ansatz genutzt werden könnte.

Migrantinnen sind in vielen Gesellschaftsbereichen mit mehrfachen oder sich überschneidenden Formen von Diskriminierung konfrontiert.

Der EWSA ermutigt deshalb die Mitgliedstaaten, das Übereinkommen von Istanbul zu ratifizieren, und fordert sie alle auf, sicherzustellen, dass Migrantinnen, die Gewalt erlitten haben, den gleichen Zugang zu angemessenen Dienstleistungen, Hilfen und Einrichtungen erhalten wie in der EU geborene Frauen.

Von der COVID-19-Krise sind schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen – vor allem Migrantinnen aus ethnischen Minderheiten – überdurchschnittlich stark betroffen. Deshalb ersucht der EWSA die Kommission nachdrücklich, die Lehren, die auf europäischer und nationaler Ebene aus der Krise gezogen wurden, bei der Ausgestaltung ihrer neuen Integrations- und Inklusionsinitiative zu berücksichtigen.

Der Anhang zur Stellungnahme enthält eine Liste vorbildlicher Sozialprojekte, die zum Ziel haben, Frauen und Kindern mit Migrationshintergrund bei Integration und Spracherwerb zu helfen. (II/tk)



[EWSA: Ausweg aus der Krise nur mit mehr öffentlichen und privaten Investitionen](#)

Der EWSA legt unter Berücksichtigung der verheerenden sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Krise in zwei Stellungnahmen seinen Standpunkt zur derzeitigen Wirtschaftskrise und zu den Aussichten auf eine Erholung in der EU dar.

Die beratende EU-Einrichtung begrüßt einerseits die Vorschläge der Kommission für den EU-Aufbauplan, die zur rechten Zeit kommen. Jede unnötige Verzögerung bei der Annahme und Umsetzung des vereinbarten Plans könnte die wirtschaftliche Erholung der EU ernsthaft gefährden.

Andererseits fordert der EWSA auch mehr öffentliche Investitionen der Mitgliedstaaten und Synergieeffekte mit privaten Investitionen. Die

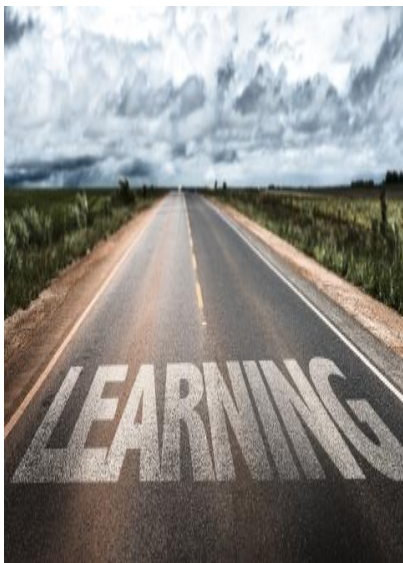
Ausweichklausel des Stabilitäts- und Wachstumspakts sollte daher so lange gelten und die Beihilfevorschriften möglichst flexibel angewandt werden, bis eine umfassende wirtschaftliche Erholung Fuß fasst und die Arbeitslosigkeit spürbar zurückgeht.

Insgesamt muss die EU einen Kurswechsel hin zu **einer wohlstandsorientierten und auf Solidarität ausgerichteten wirtschaftspolitischen Steuerung vollziehen**; eine Rückkehr zur Sparpolitik würde den Nutzen des Aufbauinstruments deutlich schmälern.

Philip von Brockdorff, Berichterstatter für die Stellungnahme zum Thema [Jährliche Strategie für nachhaltiges Wachstum 2020](#), erklärte: „Der EWSA sieht die jährliche Strategie für nachhaltiges Wachstum als Chance, das vorherrschende Wirtschaftsmodell wetterfester und nachhaltiger zu machen und dabei wirtschaftlichen und sozialen Zielen das gleiche Gewicht beizumessen.“

Judith Vorbach, Mitberichterstatterin für die Stellungnahme zur [Empfehlung zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets](#), betonte: „Um die verheerenden Auswirkungen von COVID-19 und des Klimawandels möglichst stark einzudämmen bzw. abzuwenden, empfiehlt der EWSA eine wohlstandsorientierte wirtschaftspolitische Steuerung mit mehr Investitionen in nachhaltiges Wachstum, die Durchsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte und Reformen in der Steuerpolitik.“

Die beiden Stellungnahmen, die auf der Plenartagung im Oktober 2020 verabschiedet wurden, sind der Beitrag des EWSA zum anstehenden „Herbstpaket“ des Europäischen Semesters der Europäischen Kommission und der damit verbundenen interinstitutionellen Debatte. Lesen Sie [hier](#) die komplette Pressemitteilung. (na)



[Forum EWSA/Cedefop: Dringende und koordinierte Reaktion auf niedriges Qualifikationsniveau in Europa erforderlich](#)

Am 5./6. November veranstalteten der **Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA)** und das **Europäische Zentrum für die Förderung der Berufsbildung (Cedefop)** das [dritte politische Lernforum \(PLF\)](#) über Weiterbildungspfade, an dem Sozialpartner sowie relevante Vertreter der Regierung und der Zivilgesellschaft teilnahmen. Sie wiesen nachdrücklich darauf hin, dass die derzeitige Pandemie die bereits durch die digitale Revolution ausgelösten Veränderungen in der Arbeitswelt noch beschleunigen könnten, weshalb Weiterbildung und Umschulung immer wichtiger werden.

Die Teilnehmer des PLT betonten daher, dass dringend die Weiterbildungspfade in die Tat umgesetzt werden müssen, die Gegenstand eines 2016 als [Empfehlung des Rates](#) verabschiedeten Legislativvorschlags sind. Dies bildet die Grundlage der europäischen Kompetenzagenda, die darauf abzielt, alle Unionsbürgerinnen und -bürger mit den für die Teilhabe am Arbeitsmarkt erforderlichen Kompetenzen auszustatten und ihr volles Potenzial freizusetzen, damit sie sich als Einzelpersonen sowie Mitglieder der Gesellschaft entfalten

können.

Einer Studie von Cedefop zufolge werden 128 Millionen Erwachsene in Europa ihre Qualifikationen auf den neuesten Stand bringen oder neue erwerben müssen, um ihren Arbeitsplatz zu behalten bzw. einen neuen zu finden, der ihrem Kompetenz- und Qualifikationsniveau entspricht. Hierbei handelt es sich um die Gesamtzahl für die EU-27, Island, Norwegen und das Vereinigte Königreich. Sie entspricht einem Bevölkerungsanteil von sage und schreibe 46,1 %.

„Wir müssen betonen, dass wir eine Überlebenshilfe anbieten wollen – den Arbeitnehmern wie auch den Arbeitgebern –, denn die Dinge werden nicht einfach so weitergehen können wie bisher. Gute Qualifikationen sind ein Motor für die Wettbewerbsfähigkeit auf EU-Ebene und auch für die persönliche und berufliche Entfaltung des Einzelnen“, so der Vorsitzende der EWSA-Fachgruppe Beschäftigung, Sozialfragen und Bürgerschaft, **Laurențiu Plosceanu**.

Wir müssen allen Erwachsenen lebenslang Möglichkeiten zum Erwerb aktuellerer und neuer Kompetenzen bieten, die ihnen durch unsichere Zeiten helfen und sie in ihrem Leben und in ihrer Karriere voranbringen“ so **Jürgen Siebel**, Exekutivdirektor von Cedefop. Die Weiterbildungs- und Umschulungssysteme müssten auch dem Bedarf der Unternehmen Rechnung tragen, die einen wichtigen Beitrag zur Erreichung ehrgeiziger Ziele leisten.

Die Teilnehmer des dritten PLF beschäftigten sich näher mit den Erfahrungen, die in Finnland, Irland und den Niederlanden mit der Gestaltung und Umsetzung der Weiterbildungspfade gesammelt wurden; dort haben die Regierungen ehrgeizige Ziele mit umfassenden Strategien festgelegt sowie Reformen für lebenslanges Lernen und die Erwachsenenbildung auf den Weg gebracht, die auch bereits Früchte tragen.

Des Weiteren haben sich die PLF-Teilnehmer mit dem Programm der portugiesischen Regierung befasst; diese konnte das Angebot der Erwachsenenbildung deutlich ausbauen – in einem Land, wo noch 2016 die Hälfte der Bevölkerung keinen Sekundarschulabschluss hatte. (II)

[EWSA fordert Stärkung des sozialen Dialogs in der EU](#)

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) spricht sich für die Förderung eines wirksamen sozialen Dialogs in den EU-Mitgliedstaaten aus, dem bei der Gestaltung der wirtschafts-, arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Maßnahmen für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen in der gesamten EU eine Schlüsselrolle zukommt. Er ist somit notwendig, um wirtschaftliche Nachhaltigkeit zu fördern und zu erreichen.

In seiner Stellungnahme [Sozialer Dialog als wichtiger Pfeiler wirtschaftlicher Nachhaltigkeit und Resilienz von Volkswirtschaften, unter Berücksichtigung des Einflusses lebendigen zivilgesellschaftlichen Dialogs in den Mitgliedstaaten](#) gibt der EWSA einen Überblick über die Verfahren und Gepflogenheiten des sozialen Dialogs in den einzelnen Mitgliedstaaten und untersucht, wie sich diese in früheren Krisen bewährt hat. Darüber hinaus wird ausgelotet, wie das Konzept des sozialen Dialogs – insbesondere in seiner dreigliedrigen Form,

bei der auch staatliche Stellen eingebunden sind – über Tarifverhandlungen hinausgehen und ein Schlüsselinstrument für eine gute Steuerung jeder Form von Wandel sein kann.

Die Stellungnahme wurde auf Ersuchen des deutschen EU-Ratsvorsitzes vom ehemaligen EWSA-Mitglied **Vladimíra Drbalová** und dem derzeitigen Mitglied **Cinzia Del Rio** verfasst.

Länder mit einem gut etablierten und institutionalisierten sozialen Dialog reagieren besser und schneller auf Krisen – auch auf solche von globalem Ausmaß wie die derzeitige COVID-19-Pandemie. Der soziale Dialog, so heißt es in der Stellungnahme, ist in vielen Ländern nach wie vor schwach ausgeprägt und findet nur sporadisch statt, oder aber er wurde geschwächt, wobei die Autonomie der Sozialpartner untergraben wird.

Davon ausgehend spricht der EWSA eine Reihe von Empfehlungen für die Bewältigung der COVID-19-Krise in der nahen Zukunft aus: Dazu gehören die aktive Einbeziehung der Sozialpartner in die Gestaltung und Umsetzung nationaler Konjunkturprogramme und eine gute Unternehmensführung auf der Grundlage des sozialen Dialogs und von Tarifverhandlungen.

Ein wirksamer sozialer Dialog setzt voraus, dass sich repräsentative und legitimierte Sozialpartner sowie die Regierungen daran beteiligen und darauf einlassen. Ebenso wichtig ist es, dass die Autonomie und Vereinigungsfreiheit der Sozialpartner sowie das Recht auf Kollektivverhandlungen geachtet werden.

Der europäische soziale Dialog ist in den EU-Verträgen fest verankert, und die Sozialpartner in Europa sollten das ihnen durch die Verträge gebotene Potenzial voll ausschöpfen.

Sie sollten in das Europäische Semester für die wirtschaftspolitische Steuerung und insbesondere in die Gestaltung und Umsetzung beschäftigungs-, sozial- und gegebenenfalls auch wirtschaftspolitischer Reformen und Maßnahmen eingebunden werden.

„Wir brauchen einen verbindlichen Mechanismus für die Konsultation der Sozialpartner im Rahmen des Europäischen Semesters. Angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Pandemie ist es wichtiger denn je, die Sozialpartner in die Ausarbeitung von Aufbau- und Resilienzplänen einschließlich der Berichterstattungsinstrumente der Regierungen einzubeziehen“, betonte **Cinzia Del Rio**. (II)



Soziale Gerechtigkeit für Migranten und ethnische Minderheiten ausschlaggebend für Beseitigung des strukturellen Rassismus

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) hat die Europäische Union (EU) und ihre Mitgliedstaaten dazu aufgerufen, die Vielfalt und Inklusion in der Gesellschaft im Rahmen eines ganzheitlichen Vorgehens zu fördern und die rechtlichen und politischen Anstrengungen zur Bekämpfung des zunehmenden Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit in Europa zu intensivieren.

Angesichts der steigenden Zahl von Übergriffen und Hetze gegen Migrantinnen und Migranten und ethnische Minderheiten sowie vor dem Hintergrund der aktuellen Pandemie, durch die sich die strukturelle Diskriminierung weiter verschärft, muss die EU dringend aktiver werden - auch durch die Förderung des Diversity Managements.

Der EWSA legte seine Vorschläge zu dieser Frage in der Stellungnahme „[Diversity Management in den EU-Mitgliedstaaten](#)“ dar, um die ihn der deutsche Ratsvorsitz ersucht hatte. Im Zuge der Ausarbeitung seiner Stellungnahme hat der EWSA in vier Ländern, die für vier verschiedene Teile Europas stehen, Fallstudien durchgeführt, nämlich in Finnland, Frankreich, Italien und Polen. Die Ergebnisse werden in der Stellungnahme und ihrem Anhang vorgestellt.

Die Fallstudien zeigen, dass in allen vier Ländern überdurchschnittlich viele Wanderarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmer in gering bezahlten und prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten, wobei dies vor allem für Italien und Frankreich sowie tendenziell auch für Polen gilt. In allen vier Ländern sind *Women of Colour* im Vergleich sowohl zu „weißen“ Europäern als auch zu Männern ihrer eigenen ethnischen Gruppe am stärksten von Diskriminierung im Arbeitsleben betroffen. Ebenfalls in allen vier Ländern sind die Roma nach wie vor die am stärksten marginalisierte Minderheit.

Die Stellungnahme wurde von dem ehemaligen polnischen EWSA-Mitglied **Adam Rogalewski** erarbeitet und von **Carlos Trindade** als Hauptberichterstatter auf der Oktober-Plenartagung des EWSA erläutert.

„COVID-19 verschärft den strukturellen Rassismus in Europa. Ethnische Minderheiten und Migrantinnen und Migranten sind nicht nur stärker von dieser Krankheit betroffen, sondern tendenziell auch von den Ungleichheiten, die sich aus den wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie ergeben, und sie können auf weniger Unterstützung zählen“, so **Carlos Trindade**.

„Die Bekämpfung des strukturellen Rassismus in allen Institutionen erfordert soziale Gerechtigkeit für ethnische Minderheiten sowie für Migrantinnen und Migranten. Der EWSA fordert die EU und die Mitgliedstaaten daher auf, ihre rechtlichen und politischen Anstrengungen zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu verstärken“, betont **Carlos Trindade**.

In seiner Stellungnahme vertritt der EWSA die Auffassung, dass gutes Diversity Management nur möglich ist, wenn alle Aspekte des Lebens von Migrantinnen und Migranten und ethnischen Minderheiten berücksichtigt

werden. Dazu gehören auch der Umgang mit diesen Gruppen am Arbeitsplatz, ihre Bildung und ihr Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen, ihre sozialen Rechte und ihre Integration in die örtliche Gemeinschaft. (II)



EWSA erörtert Probleme der Stahlindustrie der EU

Am 9. November trat die Beratende Kommission für den industriellen Wandel (CCMI) zu einer Online-Debatte über die Stahlindustrie der EU zusammen. In der vom neuen CCMI-Vorsitzenden Pietro Francesco De Lotto geleiteten Debatte ging es um Überkapazitäten und Dekarbonisierung in der internationalen Stahlindustrie. Die Redner sprachen die Herausforderungen an, vor denen die europäische Stahlindustrie steht: den Aufbauplan der EU für die Zeit nach COVID-19, die Dekarbonisierung der Produktionsverfahren, Schutzmaßnahmen der EU und Handel.

Stahl ist in allen Industrie- und Entwicklungsländern ein grundlegendes Gut. Die COVID-19-Pandemie hat Fragen in Bezug auf die Abhängigkeit globaler Lieferketten aufgeworfen, zumal viele Länder von nur einem einzigen Lieferland abhängig sind.

Die Überkapazitäten der chinesischen Stahlindustrie sind bedenklich, denn China beherrscht mittlerweile mehr als die Hälfte des Weltmarkts. Seit 2018 erheben die USA Schutzzölle, um die Abhängigkeit der amerikanischen Wirtschaft von chinesischen Waren zu verringern. Diese Maßnahme traf auch den EU-Markt hart, denn die USA sind ein wichtiger Abnehmer von in der EU hergestelltem Stahl.

Gleichzeitig werden in vielen Ländern der Welt Anstrengungen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen unternommen, und die Initiativen zur Verwirklichung einer Kreislaufwirtschaft nehmen zu.

„Wir müssen die Wettbewerbsfähigkeit derjenigen Bereiche der Stahlbranche sichern, die die für diese Umstellung nötigen Umweltnormen einhalten, die sich aber im Wettbewerb gegen andere Weltregionen behaupten müssen, in denen solche Normen überhaupt nicht vorhanden oder unzureichend sind“, betonte De Lotto zum Abschluss der Debatte. „Das Gleiche gilt für Arbeitsbedingungen und Arbeitnehmerrechte.“

Deshalb dringt der EWSA auf faire Wettbewerbsbedingungen zwischen europäischen Herstellern und Exporteuren in Drittländern. (tk/ks)



Überraschungsgast

In dieser neuen Rubrik

stellen wir Ihnen ein Mal pro Monat unseren Überraschungsgast vor. Prominente europäische Kulturschaffende werden an dieser Stelle ihre Sicht zu aktuellen Fragen und ihr Weltbild präsentieren, frische Impulse setzen, Horizonte erweitern, unsere Fantasie anregen und uns einen Glücksmoment bescheren.

Diesmal ist unser Überraschungsgast **Pierre Kroll**, Karikaturist und Zeichner der belgischen Tageszeitung *Le Soir*.

Mit viel Humor und unverkennbarem Federstrich kommentiert er das politische Geschehen in Europa und der Welt auf seine ganz eigene und oft überraschende Weise.

Auf unsere Bitte um ein Statement zu einem brandaktuellen Thema hat uns Pierre Kroll freundlicherweise diese Zeichnung zur Verfügung gestellt. (ehp)



Pierre Kroll



AKTUELLES AUS DEN GRUPPEN



Wirtschaftsprognose: Folgen für die Wirtschaft noch gravierender als von der Europäischen Kommission angenommen

von der Gruppe Arbeitgeber im EWSA

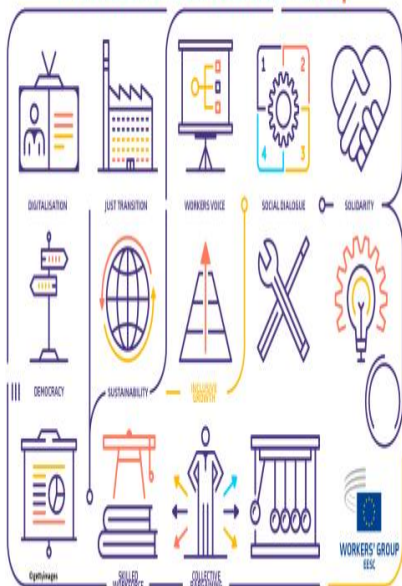
Als Reaktion auf die kürzlich veröffentlichte Herbstprognose 2020 der Europäischen Kommission gab die Gruppe Arbeitgeber eine Erklärung auf Initiative ihres Vorsitzenden Stefano Mallia ab. Die Gruppe stimmt der Herbstprognose 2020 der Europäischen Kommission zu, in der vor einer stockenden Wirtschaftserholung Europas aufgrund der wieder aufflammenden Pandemie gewarnt wird. Sie befürchtet sogar, dass die derzeitige große Unsicherheit die Herbstprognose noch ungenauer machen könnte. Tatsächlich könne die Wirtschaft noch stärker in Mitleidenschaft gezogen werden, als von der Europäischen Kommission prognostiziert.

Um die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, fordert die Gruppe Arbeitgeber u.a. folgende Maßnahmen:

- Innovationen und Start-up-Unternehmen müssen gefördert werden. Vorhandene Arbeitsplätze würden geschützt und neue Arbeitsplätze könnten entstehen. So könnte die Kluft zwischen den Menschen in Arbeit und den Menschen ohne Arbeit geschlossen werden.
- Besondere Aufmerksamkeit erfordern die Liquiditätshilfen. Sie müssen bedarfsgesteuert eingesetzt werden und sollten an lebensfähige Unternehmen gehen, die in einen Liquiditätsengpass geraten sind. Für Unternehmen, die am Markt keine Chance mehr haben, sollten sie eine Hilfe bieten, ihre Tätigkeit ordnungsgemäß zu beenden. Wir teilen die Auffassung, dass die beste Antwort der Politik darin bestehen würde, die Erwartungen, die durch das Aufbauinstrument NextGenerationEU geweckt wurden, zu erfüllen.
- Es muss eine abgestimmte fiskalpolitische Initiative geben, um die Perspektiven für alle zu verbessern. Der Fiskalpolitik kommt in der Erholung eine besondere Aufgabe zu, denn sie muss dafür sorgen, dass die Höhe der Ausgaben die finanzpolitische Solidität nicht übermäßig strapaziert.
- Was die Verhandlungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich angeht, so müssen beide Seiten weiterhin auf ein rechtzeitiges Abkommen hinarbeiten, das ein solides Wettbewerbsumfeld für die Unternehmen schafft. Wir brauchen eine Kombination aus guten Marktzugangsbedingungen und Wettbewerbsgleichheit.

Die Erklärung im Volltext: <https://europa.eu/!nK46cT>

Challenges of Europe and Priorities of the Workers' Group



Europas Herausforderungen und Prioritäten der Gruppe Arbeitnehmer

Von der Gruppe Arbeitnehmer

Die Wahrung der Arbeitnehmerrechte muss in allen Konjunktur- und Aufbauplänen zur Bewältigung der Coronavirus-Krise höchste Priorität haben - ganz nach dem Leitprinzip der Solidarität. In ihrer außerordentlichen Sitzung vom 24. November erarbeitete die Gruppe Arbeitnehmer konkrete Schwerpunkte und Maßnahmen zur Umsetzung dieser Prämisse.

Auf der Tagesordnung standen die riesigen Herausforderungen, denen sich Europa gegenüber sieht, sowie Lösungsansätze zu ihrer Bewältigung. Im Hinblick auf ein neues nachhaltiges Sozial-, Umwelt- und Wirtschaftsmodell muss dabei der Schaffung und dem Erhalt hochwertiger Arbeitsplätze, dem Arbeitnehmerschutz sowie dem sozialen Wiederaufbau genauso viel Bedeutung beigemessen werden wie Wirtschaftsfragen.

Erörtert wurden Themen, die für die EU und die Unionsbürgerinnen und -bürger äußerst wichtig sind und die die Gruppe Arbeitnehmer bei der Festlegung ihrer Prioritäten für die nächste fünfjährige Mandatsperiode und darüber hinaus berücksichtigen wird: Anstieg von Armut und Ungleichheit, Arbeitsbedingungen und Beziehungen zwischen den Sozialpartnern, sozialer Dialog, Nachhaltigkeit, gerechter Wandel u.v.m.

Ein Reihe prominenter Persönlichkeiten war eingeladen, mit den Mitgliedern der Gruppe Arbeitnehmer über die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Zukunftsherausforderungen für Europa zu diskutieren. Nach einer Debatte über die sozialen Herausforderungen mit dem Vorsitzenden der Gruppe Arbeitnehmer **Oliver Röpké** und der stellvertretenden Vorsitzenden der EWSA-Fachgruppe Beschäftigung, Sozialfragen, Unionsbürgerschaft **Cinzia del Rio** erläuterte die portugiesische Ministerin für Beschäftigung, Solidarität und soziale Sicherheit **Ana Mendes Godinho** die Prioritäten des portugiesischen Ratsvorsitzes.

Die Nachmittagssitzung wurde vom Euractiv-Journalisten Jorge Valero moderiert. **Stefano Palmieri**, Vorsitzender der EWSA-Fachgruppe Wirtschafts-, Finanz- und Währungsfragen, leitete die Podiumsdiskussion zu den wirtschaftlichen Herausforderungen in Europa. Inhaltliche Impulse lieferten zwei Redner: **Jonás Fernández**, S&D-Koordinator im Ausschusses für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments, sowie **Prof. Colin Crouch**, Professor emeritus an der University of Warwick.

Der Vorsitzende der EWSA-Fachgruppe Landwirtschaft, ländliche Entwicklung, Umwelt **Peter Schmidt** eröffnete die Abschlussdebatte zum Thema „Ökologische Herausforderungen und der Grüne Deal“, an der auch **EU-Kommissar Frans Timmermans** und die stellvertretende Vorsitzende der Gruppe Arbeitnehmer **Lucie Studničná** teilnahmen.



Séamus Boland ist neuer Vorsitzender der Gruppe Vielfalt Europa

von der Gruppe Vielfalt Europa

Mit Beginn der neuen Mandatsperiode des EWSA (2020-2025) übernahm Séamus Boland den Vorsitz der Gruppe Vielfalt Europa. Die Gruppe bestätigte seine neue Aufgabe in ihrer ersten Sitzung der neuen Mandatsperiode am 27. Oktober.

Als Vorsitzender wird Séamus Boland den Schwerpunkt auf das Thema „Armut und die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Armutsbekämpfung“ legen. Dies steht im Einklang mit den **Prioritäten der Gruppe für die Amtszeit des Vorsitzenden 2020-2023:**

- Bewältigung der gesellschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Krise
- Umsetzung des Grünen Deals mit sämtlichen Interessenträgern, auf der Grundlage des Ziels für nachhaltige Entwicklung „Armut in jeder Form und überall beenden“
- Einbeziehung der zivilgesellschaftlichen Organisationen, darunter der europäischen Plattformen, in die Arbeit der Gruppe
- Beteiligung sämtlicher Gruppenmitglieder an der Tätigkeit sowie Wahrung einer effektiven Geschlechtergleichstellung
- Wirksamere Bekanntmachung der Arbeit der Gruppe gegenüber den anderen Institutionen und der breiten Öffentlichkeit.

Mit seiner Kandidatur für das Amt des Vorsitzenden wollte Séamus Boland sich **für die Zivilgesellschaft engagieren und ihr stärker Gehör verschaffen**. Der Ire schlug vor, dafür auf die umfassenden Bedürfnisse der Zivilgesellschaft einzugehen sowie hochwertige Tätigkeiten und verlässliche Verfahren im EWSA zu gewährleisten.

Der neue Vorsitzende der Gruppe Vielfalt Europa wird von **sieben stellvertretenden Vorsitzenden** unterstützt:

Pietro Vittorio Barbieri (IT), Jan Dirx (NL), Kinga Joó (HU), Rudolf Kolbe (AT), Ariane Rodert (SE), Simo Tiainen (FI) und Ioannis Vardakastanis (EL).

Auf der konstituierenden EWSA-Plenartagung im Oktober ernannte das **Plenum Mitglieder der Gruppe Vielfalt Europa auf verschiedene Führungspositionen**. So wurde Cillian Lohan zum EWSA-Vizepräsidenten für Kommunikation ernannt.

Ausführliche Informationen auf der [Internetseite](#) der Gruppe.

SOON IN THE EESC/CULTURAL EVENTS



Ausstellung „Refuge“ im Dezember im EWSA!

Ausstellung „Refuge: Private Worlds in exile“ des französischen Fotografen Bruno Fert im EWSA

Auf einer Reihe von Schautafeln werden Porträts und persönliche Schilderungen sowie Fotos von Behausungen in Flüchtlingslagern und provisorischen Unterkünften in Griechenland und Frankreich, darunter auch aus dem „Dschungel“ von Calais, gezeigt.

Veranstaltet wird die Ausstellung von der Direktion Kommunikation und interinstitutionelle Beziehungen in Zusammenarbeit mit der Fachgruppe Beschäftigung, Sozialfragen, Unionsbürgerschaft (SOC), um die Arbeit des EWSA im Bereich der Migrationspolitik, auch im Zusammenhang mit dem EU-Migrationspaket, herauszustellen.

Aufgrund der Pandemie ist die Ausstellung ausschließlich virtuell zu sehen. Lassen Sie sie sich nicht entgehen und

klicken Sie hier:

<https://www.eesc.europa.eu/en/agenda/our-events/events/refuge-private-worlds-exile> (ck)

Redaktion

Ewa Haczyk-Plumley (editor-in-chief)
Daniela Marangoni (dm)

Beiträge zu dieser Ausgabe von

Daniela Marangoni (dm)

David Gippini Fournier (dgf)
Jasmin Kloetzing (jk)
Katharina Radler (kr)
Katerina Serifi (ks)
Laura Lui (ll)
Marco Pezzani (mp)
Margarida Reis (mr)
Margarita Gavanis (mg)

Gesamtkoordinierung

Agata Berdys (ab)
Katerina Serifi (ks)

Anschrift

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
Jacques Delors Building,
99 Rue Belliard,
B-1040 Brussels, Belgium
Tel. (+32 2) 546.94.76
E-Mail: escinfo@esc.europa.eu

EWSA info erscheint neunmal im Jahr anlässlich der EWSA-Plenartagungen.

EWSA info wird in 23 Sprachen veröffentlicht.

EWSA-Info hat keinen Protokollwert; die offiziellen Aufzeichnungen über die Arbeiten des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) können im Amtsblatt der Europäischen Union sowie in anderen Publikationen des EWSA eingesehen werden.

Die Vervielfältigung ist gestattet, sofern EWSA info als Quelle genannt und ein Link an die Redaktion übermittelt wird

12/2020